

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**EntschlieÙung zur Umsetzung von Beschlüssen des 14. Parlamentsforums
Südliche Ostsee in Kiel vom 12. bis 14. Juni 2016**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 14. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 14. Juni 2016 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Vorfeld des 15. Parlamentsforums Südliche Ostsee bis 31. März 2017 über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.
4. Der Landtag leitet diese EntschlieÙung dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu.

5. Der Landtag stellt fest, dass die Zusammenarbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee in den vergangenen Jahren immer intensiver und bedeutsamer geworden ist. Vor diesem Hintergrund und im Bewusstsein der besonderen Verantwortung des Landtages als Initiator dieser grenzüberschreitenden, parlamentarischen Zusammenarbeit wird dem Landtag der siebten Wahlperiode empfohlen, die Arbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee intensiv fortzusetzen und Verantwortung als Ausrichter einer Jahreskonferenz zu übernehmen.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Vom 12. bis 14. Juni 2016 fand das 14. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel statt. Delegierte der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation und des Regionalparlamentes der schwedischen Region Schonen beteiligten sich an der Konferenz.

Das Parlamentsforum arbeitete zu dem Thema „Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft - Innovation und Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum“. Im Fokus des politischen Interesses lagen insbesondere Fragen der Land- und Ernährungswirtschaft sowie der Nachhaltigkeit, des Klimawandels, der Entwicklung ländlicher Räume sowie der Sicherung der Welternährung außerdem die gesunde Ernährung, der Verbraucherschutz und das Veterinärwesen. Rund 80 Parlamentarier, Sachverständige und Verwaltungsmitarbeiter aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden berieten über diese für alle beteiligten Regionen relevanten Themen.

Mit der Resolution wurden Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu dem vorbezeichneten Thema formuliert. Dabei standen die Identifikation gemeinsamer Interessen und die Definition daraus abzuleitender Konsequenzen in den Schwerpunktbereichen im Mittelpunkt.

Insgesamt wurden die in der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Empfehlungen anhand von Beiträgen aus den Partnerparlamenten und anhand von Vorträgen im Rahmen von Podiumsdiskussionen in den Schwerpunktbereichen des Parlamentsforums ausgearbeitet, in denen Sachverständige und Experten aus den Regionen zu den Themenkomplexen berieten. Eine die Jahreskonferenz thematisch vorbereitende Arbeitsgruppensitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee hat vom 25. bis 26. Februar 2016 in Stettin stattgefunden. Eine Konferenz zur Vorbereitung der Resolution fand vom 24. bis 25. Mai 2016 in Hamburg statt.

Ausrichter und Gastgeber des 15. Parlamentsforums wird der Sejmik der Woiwodschaft Westpommern sein.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

Ablauf der Jahreskonferenz

I. Begrüßung durch den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Herr **Klaus Schlie** (Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages) erläuterte die Ziele des Parlamentsforums Südliche Ostsee und wies darauf hin, dass es über Grenzen hinweg Lösung zu beobachten und auszutauschen gelte, dass die Regionen voneinander lernen könnte. Erforderlich sei eine aktive, ehrliche Informationsarbeit, damit es mit Zuversicht in den ländlichen Räumen der Südlichen Ostseeregion auch für die junge Generation erfolgreich in die Zukunft vorangehe. Anhand eines prämierten Filmbeitrages mit zwei jungen Landwirtinnen unter dem Titel „Leidenschaft zu Landwirtschaft“ wurde dieser Impuls vertieft.

II. Konferenzbeitrag Ermland-Masuren

Einführung

Herr **Piotr Żuchowski** (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren) erklärte, die Sorge um die Qualität von Nahrungsmitteln sei überall spürbar. Ermland-Masuren sei bekannt für seine einmalige, reichhaltige Natur. Besonderer Fokus werde in der Region derzeit auf drei Bereiche gelegt: Wasserwirtschaft, Holzwirtschaft und Möbelherstellung sowie Nahrungsmittelerzeugung und -veredelung. Jedes elfte Öko-Landwirtschaftsunternehmen Polens befinde sich in Ermland-Masuren. Viele kleine und mittlere Unternehmen produzierten in der Region, die „mit Geschmack einlade“.

III. Konferenzbeitrag Pommern

Einführung

Herr **Grzegorz Grzelak** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmiks der Woiwodschaft Pommern) führte aus, dass die Resolutionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee veröffentlicht werden sollten. Die Resolutionen sollten ferner perspektivisch noch deutlicher an die Regierungen und an die Entscheidungsträger der Europäischen Union adressiert werden. In Pommern würden 174 Produkte als regionale Produkte vermarktet. Ferner gebe es ein Netzwerk des kulinarischen Erbes. Aber es werde auch versucht, Spezialisierungen zu erreichen. Hinsichtlich der Agrarproduktion führte er aus, dass die Produktion von Mais und Raps intensiviert werde, die Getreideproduktion gehe leicht zurück. Ferner lege Pommern einen Schwerpunkt auf die Pflege und den Erhalt der Bienenvölker.

IV. Konferenzbeitrag Westpommern

Einführung

Herr **Witold Rucinski** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmiks der Woiwodschaft Westpommern) sagte, dass die Diskussionen zum Themenkomplex des diesjährigen Parlamentsforums Südliche Ostsee nicht einfach seien. Der Einfluss der Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft auf die Wirtschaft Westpommerns sei hoch. Die Nahrungsmittel- und Agrarproduktion Westpommerns sei die drittgrößte Polens. Sie mache 20 Prozent des gesamten internationalen Handels der Region aus. Größte Handelspartner seien Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Auch die Märkte in den USA und in Fernost würden immer wichtiger werden. Die Produktion von Fischen, Molusken und Krebstieren sei für den polnischen Export sehr wichtig. Die Wirtschaft Westpommerns sei im Agrarsektor wettbewerbsfähig.

Die Branche wachse. Die Landwirtschaft in Westpommern basiere größtenteils auf kleinen und kleinsten Betrieben. Insbesondere die Nahrungsmittelindustrie sei durch kleine Betriebe geprägt, die dezentral organisiert seien und größtenteils Familienunternehmen seien. In Westpommern habe die Land- und Ernährungswirtschaft eine alte Tradition. Aber es werde in diesem Bereich auch intensiv geforscht, beispielsweise an der Westpommerschen Technischen Universität in Stettin. Die Umsetzung innovativer Technologien - besonders hinsichtlich der Fischverarbeitung - stehe im Vordergrund. Ein wichtiges Thema sei auch „Functional Food“. Es gehe dabei nicht nur um die Produktion von Nahrungsmitteln, sondern auch um gesundheitliche Aspekte. Auch könnten Synergieeffekte zwischen der Landwirtschaft und dem Tourismus erreicht werden. Insbesondere regionale Produkte hätten ein hohes touristisches Potenzial. Das Bewusstsein der Verbraucher müsse durch Informationskampagnen geschärft werden. Die Verabschiedung der Konferenzresolution trage zur Umsetzung dieses Zieles bei. Zum Thema Aquakultur führte er aus, dass hierin die Lösung vieler Probleme liegen könne. Abschließend führte er aus, dass die Inhalte der Resolution die Weitsicht der Akteure zeigten.

V. Konferenzbeitrag Mecklenburg-Vorpommern

Einführung

Die **Erste Vizepräsidentin des Landtages Frau Beate Schlupp** erläuterte für **Mecklenburg-Vorpommern** unter Darlegung der agrar- und fischereiwirtschaftlichen Rahmendaten des Landes, dass diesen Wirtschaftszweigen in Mecklenburg-Vorpommern eine hervorragende Bedeutung zukomme. Nirgendwo in Deutschland sei der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung so hoch wie im Lande. Hinsichtlich der Umsetzung der Resolution des 13. Parlamentsforums in Mecklenburg-Vorpommern wies sie unter anderem auf die Mitgliedschaft des Landes im „Baltic Science Network“, auf die an den Hochschulen tätigen Innovationsberater und die Gründung von Kompetenzzentren hin. Sie wies abschließend auf die Bedeutung des Parlamentsforums als Plattform eines grenzüberschreitenden Dialoges hin. Perspektivisch solle der Auswertung der Umsetzung der Resolutionen wieder höheres Gewicht beigemessen werden.

VI. Konferenzbeitrag Hamburg

Einführung

Frau **Carola Veit** (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) sagte einleitend, dass es in Hamburg 320 Unternehmen im Bereich der Landwirtschaft gebe. Insgesamt arbeiteten hier 40.000 Beschäftigte. Die Branche erziele einen Umsatz von 14 Millionen Euro. Der Hamburger Hafen diene als Umschlagplatz für entsprechende Produkte und sei Tor für Im- und Exporte. Im Hinblick auf die Ernährungswirtschaft dürfe nicht nur Hamburg selbst betrachtet werden, es müsse vielmehr auf die Metropolregion als Ganzes abgestellt werden. Die Gesamtfläche Hamburgs betrage lediglich 755 Quadratkilometer. Es gebe in der Metropolregion aber 750 landwirtschaftliche Betriebe mit 3.300 Arbeitskräften. Das Agrarkonzept 2020 sehe eine Erhöhung des Bioanteils an der Landwirtschaft von heute 12 auf 20 Prozent vor. Ferner erläuterte sie das „Urban Gardening“, das in Hamburg vermehrt betrieben werde. Auch erläuterte sie die bedenkliche Entwicklung des vermehrten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und des Handels mit nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln. Dies sei inzwischen ein Bereich der organisierten Kriminalität.

Der Einsatz nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel stelle eine wachsende Bedrohung für die Gesundheit dar. Im Hamburger Hafen gebe es verschiedene Kontrollmechanismen, um dem Problem gerecht zu werden. Resümierend sagte sie, dass die Land- und Ernährungswirtschaft einen großen Anteil an der der Wirtschaft in der südlichen Ostseeregion habe. Der Bereich betreffe zentrale soziale und gesellschaftliche Fragen.

VII. Konferenzbeitrag Kaliningrader Gebiet

Einführung

Herr **Aleksander E. Nikulin** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für Wirtschaftspolitik und Infrastrukturentwicklung der Kaliningrader Gebietsduma) führte aus, dass Kaliningrad zu den Regionen in Europa gehöre, die sich am dynamischsten entwickelten. In der Kaliningrader Sonderwirtschaftszone lägen große Entwicklungspotenziale. Die Landwirtschaft sei ein Schwerpunkt der regionalen Staatspolitik. Dieser Bereich wachse. Die Förderung durch den föderativen Staatshaushalt sei um 15 Prozent gestiegen. Kaliningrad lege einen Schwerpunkt auf innovative Technologien sowie auf hochentwickelte Pflanzensorten und Tierrassen. In der vermehrten Kultivierung von Brachland lägen große Potenziale. In Kaliningrad betrage die Selbstversorgungsrate mit Getreide, Eiern, Kartoffeln und Schweinefleisch 80 Prozent. Obst werde vermehrt importiert. Kaliningrad biete stabile Rahmenbedingungen für Investoren im landwirtschaftlichen Bereich. Durch mehr Internationalisierung werde versucht, mehr ausländische Investoren zu gewinnen.

VIII. Konferenzbeitrag Region Schonen

Einführung

Frau **Anna-Maria Myszka Gustafsson** (Erste Vizepräsidentin des Regionalrates der Region Schonen) führte aus, dass die Nahrungsmittelproduktion ein wichtiger Wirtschaftszweig der Region Schonen sei. Die Produktion in Schonen sei auch bedeutend für ganz Schweden und leiste einen Beitrag zur nationalen Strategie. Im Jahr 1995 seien 75 Prozent der in Schweden konsumierten Nahrungsmittel im Lande selbst produziert worden. Heute seien es nur noch 50 Prozent. Davon werde die Hälfte in Schonen produziert. 25 Prozent der Beschäftigten seien in der Nahrungsmittelwirtschaft tätig. Gerade in der Ernährungswirtschaft entstünden auch neue Arbeitsplätze für Bewerberinnen und Bewerber mit einem nicht so hohen Bildungsniveau. Sie machte auch Ausführungen zum Einsatz von Antibiotika in der Viehzucht. In der Ernährungswirtschaft sei eine Wende zu beobachten, insbesondere im öffentlichen Bereich. Krankenhäuser setzten vermehrt auf nachhaltige Nahrungsmittel. In der Land- und Ernährungswirtschaft lägen große Potenziale für den Tourismus. Die Region Schonen beteilige sich am „Food-KIC-Institute“. Dies sei eine Initiative, die die Aktivitäten der Wissenschaft und Unternehmen hinsichtlich der Ernährungswirtschaft bündele. Ziel sei die Entwicklung von nachhaltigen und innovativen Nahrungsmitteln für die Zukunft. Die „Food-KIC“ betreibe auch Forschung zu Antibiotika.

IX. Konferenzbeitrag Schleswig-Holstein

Einführung

Herr **Klaus Schlie** (Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages) führte aus, dass Schleswig-Holstein 2,8 Millionen Einwohner und eine Landesfläche von 16.000 Quadratkilometern habe. Die Bevölkerungsdichte betrage 179 Menschen pro Quadratkilometer. Die Agrarstruktur in Deutschland sei sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Flächen in Schleswig-Holstein seien zu 63 Prozent Agrarflächen. 666.000 Hektar seien Ackerland. Es gebe in diesem Sektor 13.300 Betriebe, die im Durchschnitt 74 Hektar groß seien. Die Bruttowertschöpfung betrage 1,4 Prozent. Insgesamt seien 45.000 Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt - 2,8 Prozent aller Erwerbstätigen. Schleswig-Holstein zeichne sich durch gesundes Klima, gute Böden und Wasserreichtum aus. Die Bedingungen seien für Landwirtschaft ideal. Sie stelle den wichtigsten Wirtschaftszweig dar. Die Produktion sei immer effizienter und kostenintensiver geworden. Es seien Veränderungen in den Produktionsverfahren zu beobachten. Die Betriebe würden größer, die Gesamtzahl der Betriebe nehme aber ab. Die Zahl der Höfe habe sich in den vergangenen Jahren halbiert. Inzwischen gebe es nur noch 15.000 Betriebe. Der Lebensmitteleinzelhandel sei einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Hochwertige Lebensmittel seien alltäglich verfügbar. Es sei eine ökonomische Entwertung zu beobachten. Allerdings reiche die Beschränkung auf wirtschaftliche Aspekte nicht mehr aus. Auch ethische Aspekte müssten Berücksichtigung finden. Kleinere und regionale Absatzmärkte gewannen zunehmend an Bedeutung. Auch der Gemüszustand der Nutztiere müsse beachtet werden. Dazu gebe es das Forschungsprojekt „Feel Good“ der Universität Kiel. Hier werde daran geforscht, den Gemüszustand von Tieren objektiv messbar zu machen. Auch komme dem Ökolandbau eine immer größere Bedeutung zu. Die Ernährungswirtschaft sei neben dem Maschinenbau die wichtigste Branche des verarbeitenden Gewerbes. Es gebe eine Exportquote von 21 Prozent. In der Branche seien 22.000 Menschen beschäftigt.

Vorträge

Landwirtschaft nachhaltig betreiben

Herr **Prof. Dr. Friedhelm Taube** (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Abteilung Grünland und Futterbau/Ökologischer Landbau) erklärte, dass unter „Nachhaltigkeit“ das Konzept von „sustainable intensification“ zu verstehen sei: Bislang sei die Landwirtschaft vornehmlich auf die Produktionssteigerung und die Linderung von Hunger ausgerichtet. Nunmehr gehe es aber auch darum, nicht nur die Produktion zu steigern, sondern auch Biodiversität zu erhalten. Es gehe um nachhaltige Intensivierung. Er stellte das Versuchsgut Lindhof der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Kiel vor. Dort werde daran geforscht, eine Produktionssteigerung unter Berücksichtigung des Tierwohls und der Minimierung von umweltschädlichen Emissionen zu erreichen.

Das Parlamentsforum unterrichtete sich vor Ort über die Arbeit des Versuchsgutes Lindhof.

Integrierte Aquakulturverfahren in Mecklenburg-Vorpommern

Herr **Prof. Dr. rer. nat. Harry W. Palm** (Lehrstuhl für Aquakultur und Sea-Ranching, Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock) führte aus, dass die Aquakulturwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern der am schnellsten wachsende Sektor der Agrarindustrie sei. Insgesamt werde seit 20 Jahren immer mehr Fisch aus der Aquakultur entnommen. Integrierte Aquakulturverfahren kombinierten die Herstellung von Fisch in Kombination mit der Züchtung von pflanzlichen Organismen. Dies führe zu einer Minimierung von Abwasser und Stickstoffemissionen. Er erläuterte die technischen Hintergründe der integrierten Aquakulturverfahren, bei denen das Wasser, in dem die Fische aufwachsen, zur Bewässerung von Kräutern und Gemüse genutzt und dabei gleichzeitig gereinigt wird.

Hitzerekorde und Jahrhundertfluten. Herausforderung Klimawandel für die Landwirtschaft

Herr **Prof. Dr. Mojib Latif** (Leiter des Forschungsbereiches Ozeanzirkulation und Klimadynamik am Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)) sagte, dass die Unwetter der vergangenen Monate, die in Deutschland stattgefunden hätten, Anzeichen des Klimawandels seien. Er erläuterte die Zusammenhänge des Anstieges von Treibhausgasen in der Atmosphäre, der Erderwärmung, der Gletscherschmelze, des Anstieges des Meeresspiegels und der Häufigkeit von Unwettern. Der Klimawandel könne nur durch gemeinsame Lösungen aufgehalten werden. Wichtige Elemente seien der Ausbau der erneuerbaren Energie, der Ausbau der Netzkapazitäten und die Forschung an leistungsfähigen Energiespeichern. Die Wissenschaft könne nur verschiedene Lösungen aufzeigen. Die Politik müsse sich dann entscheiden, was umgesetzt werden solle.

Das Antidiabetic Food Centre: Multidisziplinäre Forschung für neue innovative Ernährungsstrategien zur Vorbeugung gegen Übergewicht und Typ 2 Diabetes

Frau **Prof. Inger Björck** (geschäftsführende Direktorin des Antidiabetic Food Centre, Food for Health Science Centre, Universität Lund, Schweden) stellte das Antidiabetic Food Centre vor. Dies sei eine Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Ernährungswirtschaft, das einen interdisziplinären Ansatz verfolge. Schwerpunkt der Arbeit sei die Forschung an Diabetes Typ 2, Stoffwechselkrankheiten und Herz-Kreislaufkrankheiten sowie an entsprechender Prävention.

Wertschätzung für die Land- und Ernährungswirtschaft

Herr Bischof **Gothart Magaard** (Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, Sprengel Schleswig und Holstein) führte aus, dass die biblischen Geschichten oftmals landwirtschaftliche Themen behandelten. Die Kirche stehe mit Verbänden und Erzeugern in engem Dialog zu dem Thema. Wichtige ethische Themen seien der Umgang mit Nahrungsmitteln, die Frage der Tierhaltung und der Tiernutzung sowie der Klima- und Landschaftsschutz. Die Verbraucher hätten ein großes Interesse daran zu wissen, wie Lebensmittel hergestellt würden. Die weltweite Ernährungssicherheit sei nicht selbstverständlich. Darüber dürfe der Lebensmittelüberfluss nicht hinwegtäuschen. Lebensmitteln und den Landwirten werde aber nicht genügend Wertschätzung entgegen gebracht.

Die Entwicklung der Landwirtschaft angesichts der Weltkrise und mit Rücksicht auf die bestehenden Herausforderungen

Herr **Aleksander E. Nikulin** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für Wirtschaftspolitik und Infrastrukturentwicklung der Kaliningrader Gebietsduma) wies auf die strukturellen Umbrüche im Agrarsektor im Zuge der Umgestaltung und des Endes der Sowjetunion hin. Die Landwirtschaft habe sich in den neunziger Jahren kaum modernisiert. 1996 sei im Kaliningrader Gebiet eine Sonderwirtschaftszone geschaffen worden, die der Landwirtschaft nicht förderlich gewesen sei, allerdings das verarbeitende Gewerbe gefördert habe. Diese Entwicklung habe sich erst mit Einführung von Quoten und Steuererleichterungen geändert. Seit Anfang des Jahres 2011 hätten sich große Betriebe entwickelt. Die Getreideproduktion habe den größten Anteil an der Landwirtschaft. Kaliningrad exportiere Milchprodukte in den Rest der Russischen Föderation. Problematisch sei, dass nicht aller Boden, der von Investoren gekauft werde, für die Landwirtschaft genutzt werde, sondern dass auch illegaler Wohnungsbau stattfinde. Er geht auf die Folgen der Sanktionen ein. Aufgrund der außenpolitischen Situation sei begonnen worden, auch Obst zu produzieren, um den Bedarf zu decken. Die Kaliningrader Verbraucher hätten keine Veränderungen auf dem Markt bemerkt.

Gesunde Ernährung - Prävention gegen Zivilisationskrankheiten

Frau **Prof. Dr. Agnieszka Bartoszek** (Institut für Chemie, Lebensmitteltechnologie und Biotechnologie, Technische Hochschule in Danzig, Pommern) sagte, dass große Fortschritte in der Bekämpfung des weltweiten Hungers gemacht worden seien. Jetzt gehe es um den Kampf gegen schlechte Ernährung. Nachdem Anfang des 20. Jahrhunderts Infektionskrankheiten die häufigste Todesursache gewesen seien, gehe es heute um Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Ein großes Risiko stelle aber vor allem schlechte Ernährung dar. Auch Übergewichtigkeit und Fettleibigkeit führten zu Gesundheitsrisiken. Eine Lösung des Problems könne „functional food“ sein als ein Nahrungsmittel, das Energie, Nährstoffe und bioaktive Substanzen wie Antioxidantien beinhalte. Gute Nahrungsmittel verringerten außerdem die Gesundheitskosten.

Ein Stück Heimat auf dem Teller - was steckt hinter regionalen Lebensmitteln?

Frau **Prof. Dr. Katarzyna Majewska** (Fakultät für Lebensmittelwissenschaft, Universität Ermland-Masuren in Olsztyn) erläuterte das System der Europäischen Union zur Kennzeichnung regionaler Produkte. Die Kennzeichnung regionaler Produkte sei ein wesentlicher Faktor für nachhaltige Entwicklung ländlicher Gebiete und böte insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Chancen. Sie steigerten außerdem die touristische Attraktivität. Die Strategie Europe 2020 betone den Aspekt der Diversität. Sie stellte ferner das Netzwerk „Kulinarisches Erbe“ vor, das 1450 Mitglieder habe. Es handele sich um eine Zusammenarbeit der kommunalen Verwaltungen und der Hersteller und Anbieter regionaler Produkte.

Bekämpfung des Imports von illegalen Pflanzenschutzmitteln

Herr **Gregor Hilfert** (Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation - Pflanzengesundheitskontrolle, Hamburg) führte aus, dass der Hamburger Hafen einer der größten Häfen in Europa sei. Jährlich würden 9 Millionen Container umgeschlagen. Eine Kontrolle aller Container sei nicht möglich, diese müsse stichprobenartig erfolgen, was eine gute Risikoanalyse voraussetze. Jährlich würden 220000 Sendungen als Gefahrgut angemeldet. Bei Pflanzenschutzmitteln handele es sich in der Regel um Gefahrgut. Oft werde dieses falsch etikettiert. Illegale Pflanzenschutzmittel beinhalteten oftmals entweder Wirkstoffe, die nicht auf der EU-Positivliste stünden, oder es handele sich um Fälschungen von zugelassenen Produkten. Der Handel mit illegalen Pflanzenschutzmitteln sei ein Bereich der organisierten Kriminalität. Hohe Gewinnmargen würden erzielt. Problematisch sei, dass der Handel mit illegalen Pflanzenschutzmitteln oftmals nur schwach bestraft werde. Es gebe ein Vollzugsproblem.

Veränderungen und Fortschritt sind die Zukunft der Landwirtschaft

Herr **Dr. Robert Habeck** (Minister für Energiewende, Landwirtschaft und Umwelt und Ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein) machte Ausführungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Dies sei das einzige Politikfeld, in dem es eine wirklich einheitliche Politik in Europa gebe. Die Art und Weise, in der die EU den Agrarsektor finanziell fördere, finde jedoch immer weniger Rückhalt in der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund von hoher Jugendarbeitslosigkeit und Flüchtlingskrise sei es nur schwer verständlich, warum große Summen an Geld in einen ineffizienten Wirtschaftssektor flössen. Er sehe das Problem in der Bodenbindung der Hilfen. Diese komme nicht den Landwirten, sondern den Bodenbesitzern zu Gute. 80 Prozent der Bauern in Europa besäßen nur 4,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. Er schlage vor, dass perspektivisch im Rahmen der Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik darüber diskutiert werde, nur noch Projekte finanziell zu unterstützen, die einen Mehrwert für die Gesellschaft brächten, also beispielsweise den Erhalt von Biodiversität förderten. Insgesamt müsse die Bürokratie abgebaut werden. Die Impulse für eine Reform müssten aber aus den Regionen kommen, die intensive Landwirtschaft betrieben, da dort die größten Widerstände vorlägen.

Schlussworte

Herr **Witold Rucinski** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern) betonte in seinem Schlusswort die Erfolge des Parlamentsforums Südliche Ostsee. Die Resolutionen enthielten konkrete Vorschläge an die Regierungen und an die europäische Ebene. Dieser Prozess solle auch in Zukunft beibehalten werden. Daher habe Westpommern die Ausrichtung des nächsten Forums übernommen.

Herr **Klaus Schlie** (Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages) erläuterte, dass die Bedeutung des Parlamentsforums Südliche Ostsee in seinen Beschlüssen zum Ausdruck komme. Sie beinhalteten konkrete Handlungsempfehlungen für die Regierungen. Zukünftig sollte die Umsetzung der Resolutionen des jeweils vergangenen Jahres evaluiert werden. Der Dialog miteinander und das Verständnis füreinander seien ebenfalls wichtige Effekte des Parlamentsforums Südliche Ostsee und spiegelten den europäischen Geist wieder. Die Freundschaft der Partnerregionen in der Südlichen Ostsee sei das Fundament für Frieden und Wohlstand in der Region.

**Schlussresolution
des XIV. Parlamentsforums Südliche Ostsee
am 12. - 14. Juni 2016 in Kiel**



Das XIV. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz am 12. - 14. Juni 2016 in Kiel das folgende Thema beraten:

**„Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft - Innovation und Zusammenarbeit
im südlichen Ostseeraum“**

Die Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft waren mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft die ersten Politikbereiche die gemeinsam europäisch gestaltet wurden und sind damit zu einer Klammer der gemeinsamen europäischen Politik geworden. Die Land- und Ernährungswirtschaft sind auch im Rahmen der Zusammenarbeit mit den russischen Gebieten ein vorrangiges Politikfeld.

Aktuell erleben wir auf dem Milchmarkt und anderen Produktmärkten Strukturbrüche in allen Regionen der südlichen Ostsee. Die ländliche Entwicklung und die Vielfalt der Landbewirtschaftung geben Europa und unseren Regionen in der südlichen Ostsee ein eigenes Gesicht. Die Art des Wirtschaftens hat großen Einfluss auf die Umwelt, die Ernährung und die Kultur in unserer jeweiligen Heimat. Viele europäische Anforderungen in Umwelt- und Verbraucherstandards sind gemeinsame Herausforderungen in der südlichen Ostsee.

Die Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft ist mit den Bereichen Lebensmittelproduktion und -verarbeitung ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftskraft in den Regionen der Südlichen Ostsee. Die Art wie und zu welchen Bedingungen Lebensmittel produziert und konsumiert werden, ist eine der zentralen ökonomischen, ökologischen, gesellschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit. Sie berührt alle Menschen und fundamentale ethische Kriterien wie die weltweite Ernährungssicherung, den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und die artgerechte Tierhaltung.

Darüber hinaus pflegt und erhält die Landwirtschaft die heimischen Kulturlandschaften und bewegt sich dabei in dem Spannungsfeld zwischen dem Erhalt öffentlicher Güter und den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Produktion. Sie sieht sich mit vielfältigen Herausforderungen wie nachhaltiger Landbewirtschaftung, Klima- und Grundwasserschutz, Erhalt der Biodiversität und Reduzierung des

Flächenverbrauchs konfrontiert. Dabei ist die Landwirtschaft ebenso betroffen von dem Verbrauch an Ressourcen wie aufgefordert, ihren Teil zur Lösung beizutragen.

Land- und Forstwirtschaft nehmen beim Klimaschutz eine Sonderrolle ein. Einerseits tragen sie kontinuierlich zur Treibhausgas-Minderung durch Bindung von CO₂ in der aufwachsenden Biomasse bei. Andererseits verursacht die Landwirtschaft zum Teil durch natürliche und Bewirtschaftungsprozesse auch erhebliche Emissionen.

Aquakultur als Teil der gemeinsamen Fischereipolitik der EU ist der seit Jahren am stärksten wachsende Sektor der Lebensmittel-Erzeugung weltweit. Die Fischeaquakultur weist im Vergleich mit allen anderen Verfahren zur Erzeugung tierischen Eiweißes die beste Ökobilanz auf und kann aufgrund der noch aktuell ungenutzten Ressourcen bei Wahrung der Nachhaltigkeit erheblich weiter wachsen.

Das Parlamentsforum hat sich mit gesellschaftlichen Fragen der Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft, nachhaltigen Produktionsweisen, Fragen der gesunden Ernährung und des Verbraucherschutzes ebenso wie mit der Entwicklung ländlicher Räume befasst. Auf der Grundlage von Beratungen mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen wurden **gemeinsame Leitlinien** für die Zukunft der Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft formuliert, die in die regionalen, nationalen, europäischen und internationalen Politiken Eingang finden sollen.

Adressaten sind die Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems sowie internationale Organisationen. Dazu zählen im Einzelnen: Das Europäische Parlament und die EU-Kommission sowie der Europäische Rat, Institutionen im Ostseeraum (Ostseeparlamentarierkonferenz, Ostseerat, HELCOM, die interministerielle Zusammenarbeit im Rahmen der „Visions and Strategies around the Baltic Sea“ (VASAB), Internationale Organisationen (United Nations (UN), Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)), die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee selbst.

Präambel

Die am Parlamentsforum beteiligten Regionen betonen die Bedeutung offener Grenzen und die Vielfalt der Regionen und Kulturen als Kern der europäischen Integration. Zusammenwachsende Grenzregionen sind Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft- und Wissenschaft sowie der kulturellen Identität im südlichen Ostseeraum. Sie bekennen sich zu den Prinzipien einer demokratischen Informations- und Wissensgesellschaft. Die Unabhängigkeit der Medien und der freie Austausch von Ideen sind als Basis für den gesellschaftlichen Diskurs unabdingbar.

In allen Politikfeldern ist es wichtig, dass die europäischen Regionen mitgestalten, Informationen transparent in die Regionen fließen und diese wirksam gehört werden. Vor diesem Hintergrund werden die Tendenzen auf EU-Ebene im Rahmen der Beratungen zu einem Europäischen Transparenzregister, der besonderen Rolle der Länder, Regionen/Woiwodschaften und Kommunen nicht in ausreichendem Umfang Rechnung zu tragen und diese einer Registrierungspflicht zu unterwerfen, mit Sorge betrachtet. Das Parlamentsforum hält es daher für erforderlich, dass die demokratisch legitimierten Organe der Länder, Regionen/Woiwodschaften und Kommunen und ihre Vertretungen vom Anwendungsbereich des Transparenzregisters der europäischen Institutionen ausgenommen bleiben.

Für die Zukunft der Land-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft sehen die am Parlamentsforum beteiligten Regionen im Hinblick auf Innovation und Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum im Einzelnen folgenden Handlungsbedarf:

Sicherung der Welternährung

- dass vermehrt Anstrengungen zur Erreichung der für den Agrar- und Ernährungsbereich relevanten Ziele der UN-Developmentgoals (SDG), insbesondere Ziel 2 (end hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture) unternommen und dabei insbesondere die Bedeutung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie der Agrobiodiversität für die globale Ernährungssicherung stärker in den Fokus genommen werden.
- dass die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) im Sinne der globalen Ernährungssicherung eine Führungsrolle bei der Entwicklung von Strategien zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel einnimmt.
- dass die Regierungen darin auch auf der regionalen Ebene unterstützt werden, sich dafür einzusetzen, die von dem Ausschuss für Welternährungssicherheit der FAO im Oktober 2014 verabschiedeten Prinzipien für verantwortliche Investitionen in der Landwirtschaft und in der gesamten Nahrungsmittelkette bekannt zu machen und anzuwenden.
- dass die Honigbienen (*apis mellifera*), Wildbienen (*apoidea*) und weitere nützliche Insekten, die Pflanzen bestäuben, die für die Lebenserhaltung von Pflanzen- und Tierarten sowie des Menschen von vorrangiger Bedeutung sind, besonders geschützt werden,

- den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten an globalen ethischen Kriterien entlang zu entwickeln, die für jede Region dieser Welt eigenständige Entwicklungspotentiale erhält und diese in gemeinsamer Verantwortung erkennt, fördert und entwickelt.

Gesellschaftliche Fragen der Land- und Ernährungswirtschaft

- dass Landwirtschaft den gewandelten gesellschaftlichen Anforderungen angepasst wird: Tierwohl, Klima- und Verbraucherschutz, schonender Umgang mit den Ressourcen Boden, Wasser, Luft und den Erhalt der biologischen Vielfalt.
- dass an den Universitäten Fachbereiche und Forschungsschwerpunkte zu dem Thema Agrar- und Umweltethik gefördert werden, um die Forschung zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu stärken und um die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Agrar-, Technik-, Natur- und Geisteswissenschaften zu vertiefen.
- den fairen Handel und die Bemühungen um eine nachhaltige und ressourcenschonende Produktion zu stärken. Dazu gehört auch Aufklärungsarbeit über eine nachhaltige und faire Wertschöpfungskette, angefangen bei der Produktion über den Vertrieb bis hin zum Verkauf landwirtschaftlicher Güter, um der Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von der Land- und Ernährungswirtschaft zu begegnen.
- dass Strategien zur Vermeidung der Verschwendung von agrarischen Erzeugnissen entlang der gesamten Produktionskette bis hin zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen beim Endverbraucher weiter entwickelt werden.
- dass die Bildungs- und Forschungstätigkeit sowie der Schutz von bestäubenden, nützlichen Insekten als Garant des Erhalts der Biodiversität in den Ökosystemen gefördert werden.
- dass Zertifizierungssysteme entwickelt werden, um land- und fischereiwirtschaftliche Erzeugnisse aus nicht nachhaltigen Produktionen weltweit zu vermeiden.

Nachhaltige Landwirtschaft

- dass eine konsequente Umsetzung von Normen wie der Wasserrahmenrichtlinie, der Nitratrichtlinie und der NERC-Richtlinie (National Emission Reduction Commitments) mit dem Ziel vorgenommen wird, Nährstoffeinträge in Gewässer, die zur Eutrophierung führen, wirksam zu verringern, um den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM auf nationaler und regionaler Ebene konsequent umzusetzen.
- dass durch nationale Aktionspläne Strategien zur Reduktion des Pflanzenschutzmittel- und des Düngereinsatzes weiter entwickelt und konsequent umgesetzt werden.

- dass der Flächenverbrauch reduziert wird und hierfür ein Flächennutzungsmanagement betrieben wird, das unter anderem der Nutzung von Gewerbebrachen Vorrang vor der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Böden gibt.
- in dem nach EU-Recht festgelegten europäischen Schutzgebietssystem NATURA 2000 die biologische Vielfalt im Einklang mit der Landwirtschaft aber auch im Einklang mit der möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zu erhalten.
- durch den Schutz der Lebensräume der Bedeutung der Bienen, Wildbienen und Insekten für eine Sicherung der Erträge der Landwirtschaft gerecht zu werden und Lösungen zu entwickeln, die die Wanderung von Bienenvölkern koordinieren. Dafür sind auch weitere Forschungsanstrengungen zu unternehmen.
- die Überprüfung des Erhaltungszustandes von besonders geschützten Arten, die in aquatischen Lebensräumen vorkommen und in Konkurrenz zur Nutzung durch den Menschen stehen. Ziel ist es, ein Gleichgewicht zwischen dem Menschen und seinen natürlichen Konkurrenten zu erreichen, die Erhaltung der besonders geschützten Arten zu sichern und dabei negative Auswirkungen auf die Wirtschaft zu minimieren.
- dass die Notwendigkeit der Speicherung und Weiterentwicklung genetischer Ressourcen in Genbanken und in Betrieben der Landwirtschaft und des Gartenbaues erkannt wird, um Eigenschaften in Bezug auf Ressourceneffizienz, Krankheits- und Schädlingsresistenz, Qualitätssteigerung und Widerstandsfähigkeit zu identifizieren und zu analysieren, d.h. um die guten Eigenschaften der alten Pflanzensorten und Tierrassen in Bezug auf die Artenvielfalt und vor allem auf die Qualität der Umwelt und der Nahrung zu nutzen.
- dass das Urban Gardening, d.h. die Land- und Gartenwirtschaft in der Stadt, als eine Form des Umgangs mit Pflanzen und mit der Lebensmittelerzeugung ermöglicht wird. Diese Kultur schafft Erfahrung, bildet und sichert nachhaltige Lebensmittelversorgung. Dazu gehört auch die Erhaltung und Weiterentwicklung des Kleingartenwesens.
- dass Tierwohl und Tierschutzstandards grenzüberschreitend weiter entwickelt werden.

Landwirtschaft und Klimawandel

- die Regierungen dabei zu unterstützen, die vereinbarten Ziele des im Dezember 2015 in Paris von der UN beschlossenen ersten Klimaschutzabkommens mit weltweiter Geltung durch nationale und internationale Aktionspläne umzusetzen.

- dass interdisziplinäre Forschungs- und Beratungsnetzwerke ins Leben gerufen werden, um angesichts des Klimawandels die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Dabei ist den Fragen nachzugehen, wie sich der Klimawandel auf die Wasserressourcen, auf extreme Wetterereignisse, die Waldgesundheit, die Verbreitung von Baumarten oder von Schädlingen in der Landwirtschaft auswirkt, um neben notwendigen Präventionsmaßnahmen die Ereignisbewältigung und den Bevölkerungsschutz weiter zu verbessern.
- in der kommunalen und regionalen Ebene darauf hinzuwirken, Klimapläne zur Senkung von Treibhausgasemissionen weiter zu entwickeln und - wo nicht vorhanden - aufzustellen und im Bereich der Landwirtschaft z.B. durch das Verhindern von Grünlandumbruch, den Verzicht auf die Vertiefung der Entwässerung und wo möglich die Wiedervernässung/Renaturierung von Mooren einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
- dass die klimaschädigenden Folgen intensiver Landwirtschaft, insbesondere der erhöhte Ausstoß von Methan und anderer klimaschädigender Gase verringert wird. Das geht durch eine Änderung der Strategien der Landbewirtschaftung, durch die Vermeidung überhöhter Düngung und durch reduzierte, flächengebundene Tierbestände. Die Forschungsanstrengungen müssen hierfür gesteigert werden.

Entwicklung ländlicher Räume

- dass die vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft z.B. für Natur- und Artenschutz, Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft sowie den Boden- und Gewässerschutz honoriert werden und dabei die Agrarförderung gemäß dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Güter“ ausgerichtet wird. Es gilt insbesondere, periphere und strukturarme ländliche Regionen im demografischen Wandel zu stärken, Disparitäten abzubauen, Lebensqualität zu erhalten und die Sicherung der Daseinsvorsorge zu fördern.
- die Beschleunigung des Breitbandausbaus hin zu einer flächendeckenden Versorgung voranzutreiben, um die Wertschöpfung in ländlichen Räumen zu sichern. Wo dies nicht wirtschaftlich zu leisten ist, muss ein ergänzendes öffentliches Engagement über eine intelligente und effiziente Förderpolitik eine digitale Basisinfrastruktur in den ländlichen Regionen ermöglichen.
- das Potential des ländlichen Tourismus sowie des Naturtourismus zur wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume zu erschließen.
- dass die handwerkliche Verarbeitung und regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gefördert wird, um dadurch die Wertschöpfung in den Regionen zu erhöhen.

- dass die Imkerei als ein Schlüsselbereich der Landwirtschaft gefördert wird, da sie unmittelbar die Effizienz der der Bestäubung bedürftigen Agrarflächen erhöhen kann und die Biodiversität der Umwelt gewährleistet.
- Lösungen zu entwickeln, die junge Menschen für die Aufnahme der anspruchsvollen Tätigkeit eines Imkers motivieren, auch im Nebenberuf.
- die Attraktivität landwirtschaftlicher Berufe durch grenzüberschreitenden Austausch in der Ausbildung, Beratung sowie Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und faire Entlohnung der Arbeit zu steigern.
- den grenzüberschreitenden Austausch und die Entwicklung neuer Ausbildungsgänge in den Bereichen der Ernährungskultur, des nachhaltigen ländlichen Tourismus und der Erschließung neuer Märkte voranzubringen.

Fischerei und Aquakultur

- überholte rechtliche und technische Lösungen in der Meeresfischerei, die das Risiko von unvollständiger Ausnutzung der Fangmengen und der Verschwendung des Fangaufwandes mit sich bringen, im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik abzuschaffen.
- dass die Einführung eines mehrjährigen, gemeinsamen Managementsystems unter Berücksichtigung von Umweltveränderungen geprüft wird. Grundlage dieses Managementsystems soll die zur Sicherung nachhaltig stabiler Bestände jeweils ermittelte Bestandsgröße sein.
- die nationale Koordinierung der Binnenfischerei und Teichwirtschaft auch auf der Basis der Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik zu verbessern und weiter zu entwickeln.
- Aquakulturanlagen in Netzanlagen in der Ostsee oder als Kreislaufanlagen an Land in Form einer extraktiven oder nährstoffneutralen kombinierten Produktion von Fischen und Muscheln und/oder Algen ohne zusätzliche Beeinträchtigung des Ökosystems Ostsee zu betreiben.
- bestehende Teichwirtschaften als nachhaltige Form der Aquakultur in ihrer Doppelfunktion für Fischereiwirtschaft und Naturschutz zur Honorierung von Gemeinwohlleistungen nach Möglichkeit zu erhalten und zu stabilisieren.
- in der Standortausweisung von Aquakulturanlagen (Raumordnung) und bei der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren Verbesserungen zu erzielen.

- die Rahmenbedingungen für Aquakultur-Unternehmen durch eine im Dialog mit den Produzenten entwickelte Vermarktungs- und Imagekampagne zu verbessern.

Ernährungswirtschaft

- Cluster und Netzwerke der klein- und mittelständischen Unternehmen sowie der großen Betriebe und Unternehmen der Ernährungswirtschaft in enger Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen auch grenzüberschreitend zu fördern, um die regionale Vermarktung zu verbessern und um die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Wertschöpfung dieser Branche zu stärken.
- die Wertschöpfung ländlicher Räume durch Transparenz entlang der Lebensmittelkette zu sichern sowie den gegenseitigen Austausch von Waren und den Verkauf von regionalen Produkten in allen Ländern des südlichen Ostseeraumes zu erleichtern.
- die grenzüberschreitenden Netzwerkstrukturen auszubauen: entlang der Erzeugungskette, sowie zwischen den regionalen Clustern der Ernährungswirtschaft sowie im Technologietransfer.
- die Verfahren zur Lebensmittelherstellung verstärkt an nachhaltigen Kriterien auszurichten, so dass energieeffiziente und kostensparende Herstellungsverfahren sowie die Gewährleistung und Prüfung der Lebensmittelqualität und -sicherheit stärker in den Fokus von Lebensmitteltechnologien gerückt werden.
- eine gerechte, am regionalen Niveau orientierte Entlohnung in den Unternehmen der Ernährungswirtschaft anzustreben. Insbesondere sollen die Leiharbeit und die Werkverträge auf ein Minimum reduziert werden.

Gesunde Ernährung, Verbraucherschutz und Veterinärwesen

- im Bereich von Verbraucherschutz, veterinärpolizeilichen und hygienischen Maßnahmen die Politik zwecks Sicherstellung des Tierseuchenschutzes der Territorien mit Rücksicht auf die internationale Erfahrung, auf wissenschaftliche Normen und Entwicklungsarbeiten zügig zu koordinieren.
- einen effizienteren Informationsaustausch unter den Ländern über die Ausbrüche von besonders gefährlichen Infektionskrankheiten der Tiere und eine Verbesserung der Zusammenarbeit einzuführen.

- die Strukturen für die Lebensmittelkontrolle zu optimieren, einheitliche Kontrollstandards durchzusetzen, eine sachgerechte Kontrolldichte zu gewährleisten und die Unabhängigkeit der Kontrolleure zu bewahren, um den notwendigen Verbraucherschutz zu gewährleisten.
- die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz zwischen den Regionen sowie die europäische und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Drittländern zügig auszubauen.
- die wegweisenden Importkontrollen in Häfen zum besseren Schutz der Verbraucher vor nicht zugelassenen oder akkumulierten Stoffen in der europäischen Zusammenarbeit weiter zu entwickeln und zu übernehmen.
- dass Nationale Antibiotika-Resistenzstrategien durch alle Ostseeanrainerstaaten entwickelt werden. Diese sollten u.a. die enge Zusammenarbeit von Veterinär- und Humanmedizin vorantreiben, um den Einsatz von Antibiotika in beiden Bereichen auf das therapeutisch notwendige Maß zu begrenzen und die Ausbreitung von Antibiotika-Resistenzen durch mehr Präventions- und Hygienemaßnahmen zu bekämpfen. Insoweit unterstützt das Parlamentsforum Südliche Ostsee die Forderungen der Ostseeparlamentarierkonferenz, den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen als eine der wichtigsten weltweiten Herausforderungen im Gesundheitswesen zu intensivieren, auf diesem Gebiet Forschung zu betreiben und alle Bemühungen zur Entwicklung und Umsetzung eines globalen Aktionsplans zu Antibiotikaresistenzen zu unterstützen und zu intensivieren, die Verwendung von Antibiotika generell und insbesondere in der Landwirtschaft (Viehzucht) und Fischereiwirtschaft (Aquakultur) auf ein absolut notwendiges Maß zu reduzieren und Reserveantibiotika ausschließlich in der Humanmedizin einzusetzen. Nur so kann eine weitere Zunahme von Antibiotikaresistenzen verhindert werden.
- mehr Transparenz über den Einsatz von Gentechnik zu schaffen, z.B. eine EU Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden.
- die an der Wertschöpfungskette beteiligten Unternehmen (Produzenten, lebensmittelverarbeitende Betriebe, Händler) bis hin zu den Verbrauchern über die Bedeutung der gesunden Ernährung und über die Verbraucherrechte aufzuklären und dabei sich der Unterstützung von Bildungseinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen zu bedienen.
- eine Ernährungsweise, bei der die gesunden Produkte der Ostseefischerei und der Aquakultur mit eingeschlossen sind, zu fördern.

XV. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Sejmik der Woiwodschaft Westpommern für die Bereitschaft, das XV. Parlamentsforum im Jahr 2017 auszurichten.

Kiel, den 14. Juni 2016

Kaliningrader Gebietsduma

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt
Hamburg

Landtag Schleswig-Holstein